

kreise, beispielsweise der Waffliebhaber, die nur aus purer Freude am technischen Gerät Schießseisen kaufen und sammeln, ohne gleich „wissenschaftlich oder technisch tätig zu sein oder durch den Erwerb eine kulturhistorisch bedeutsame Sammlung anzulegen oder zu erweitern“ (WaffG-Kriterium für ein „Bedürfnis“).

Deutschlands Jäger sehen durch das Gesetz („Wild und Hund“: „Hl. Hubertus... hilf uns... damit wir nicht noch mit mehr Gesetzesmißgeburten à la neuem Waffengesetz gequält werden“) ihre Jagdschein-Privilegien beschneiden, obschon gerade sie noch am meisten geschont werden: Jagdscheininhaber können auch künftig die gängigen Weidmannswaffen ohne Besitzkarte (sie braucht erst nachträglich beantragt zu werden) einkaufen.

Der Deutsche Schützenbund, Organisation von 780 000 Schießsportlern, meint, Luft- und Kleinkalibergewehre seien Sportgeräte, „deren Erwerb den gleichen freizügigen Regelungen unterliegen muß, wie dies bei anderen Sportarten der Fall ist“.

Der Hamburger Schützen-Präsident Dr. Erwin Rieckmann hat errechnet, daß die laut Gesetz alle fünf Jahre fällige Erneuerung der Waffen- und Munitionslizenz die Sportschützen jeweils insgesamt „etwa 20 Millionen Gebühren“ kosten werde. Und ebenfalls die Sportschützen sind es, die das Waffengesetz jetzt durch bislang ungenannte „Staatsrechtler auf seine Rechtmäßigkeit prüfen lassen“ wollen (Bundes-Hauptgeschäftsführer Ernst Zimmermann).

Unbeschadet der rechtlichen Lage — in einem hat die Waffenlobby sicherlich recht: in ihrem Zweifel, ob durch das Gesetz, wie beabsichtigt, der illegale Gebrauch von Schußwaffen tatsächlich eingedämmt wird.

Der Hamburger Schiller meint zwar, der Gesetzaufwand habe sich „gelohnt“, wenn „nur einem oder wenigen Menschen das Leben gerettet“ werde. Auch seien schon viele Schußwaffentäter, die ihre Waffen nicht in krimineller Absicht erworben haben, „erst durch den Besitz zum Gebrauch verführt worden“ — etwa der Seemann, der unlängst beim Hantieren mit einem Kleinkalibergewehr auf einem Hamburger Schulhof einen 14jährigen erschoss, oder der Bauer Franz Goldbrunner aus Niederthann, der kürzlich in seinem Hause eine Zigeunerin mit einem über den Versandhandel bezogenen halbautomatischen Kleinkalibergewehr tötete und eine weitere schwer verletzte, weil er sie für Diebinnen hielt (SPIEGEL 49/1972).

Nach einer Statistik des Bundeskriminalamtes wurde 1971 bei 6065 von insgesamt über 2,4 Millionen Straftaten ein Opfer mit einer Schußwaffe bedroht und in 12 904 weiteren Fällen geschossen — bei Affekthandlungen ebenso

wie insbesondere bei den sich mehrenden Bankräubereien und Raubüberfällen. Allerdings sagt diese Statistik nichts über die Art der Tatwerkzeuge aus, und die nur spärlich vorhandenen Spezialuntersuchungen lassen den Schluß zu, daß es überwiegend auch jetzt schon nur unter erschwerten Bedingungen zu erwerbende Faustfeuerwaffen waren: Bei 61 analysierten Morden und Totschlägen des zweiten Halbjahres 1970 in Baden-Württemberg jedenfalls hatten die Täter 39mal Schußwaffen „mitgeführt“ — 25mal waren es längst erwerbsscheinpflichtige Pistolen und Revolver gewesen.

Das belegt nur Kriminalisten-Erfahrungen: Standardwaffe von Gangstern ist nach wie vor der handliche, unauffällige „Ballermann“, denn, so Münchens Polizeipräsident Manfred Schreiber, „wer geht schon mit dem Gewehr



DDR-Statussymbole Stechschritt, Orden, DDR-„Jugendfest“*: „Wie angenehm, wenn in der

zum Raubüberfall?“ Lieferant ist der vorwiegend aus Einbrüchen und durch Schmuggel aus dem liberaleren Ausland gespeiste schwarze Markt.

Der wird zweifellos zu weiterer Blüte gelangen. In Belgien und Italien beispielsweise können sich Touristen ohne nennenswerte Formalitäten sowohl mit Lang- wie auch Kurzwaffen eindecken.

Der Düsseldorfer Anwalt und Spezialist für Waffenrecht Dr. Rolf Hinze gibt darüber hinaus zu bedenken, daß die jetzt verfügte Registrierung des gesamten privaten Waffenbesitzes Schwarzmarkt-Lieferanten und „Anarchisten“ zum Ausbaldowern günstiger Gelegenheiten geradezu animiere.

Hinze im „Waffenjournal“: „Es genügt ein Weg nach Feierabend in eines unserer Gemeindehäuser, um ohne Schwierigkeiten an die Listen der Waffenbesitzer heranzukommen.“

DDR

Neue Elite

Orden, Ehrentitel und Medaillen sollen das Selbstbewußtsein der DDR-Bewohner stärken: kleinstädtische Etikette für bleichbewußte Genossen.

Der 11. Dezember, „Tag des Gesundheitswesens“ in der DDR, war für Helmut Dreßler aus Ost-Berlin ein bedeutsames Datum. „Für bedeutende Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes“ durfte sich der Volksarmee-Hauptmann — Dienstbezeichnung: „Oberoffizier für das mittlere medizinische Personal des zentralen Lazarets des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ — die Hufe-

land-Medaille in Gold an die Brust heften.

Mit ihm wurde 47 DDR-Bürgern diese Ehre zuteil — vom Leipziger Elektromeister Martin Ackermann bis zu Elise Ziersch, der Wäscherei-Verwalterin des Kreiskrankenhauses Zwenkau. Auch wurden an diesem Tag 30 DDR-Mediziner zu „verdienten Ärzten des Volkes“ befördert; fünf „verdienstvolle Militärärzte“ („Neues Deutschland“) dürfen sich künftig Obermedizinalrat nennen, 18 wurde der Titel Medizinalrat verliehen, und einer avancierte vom Pharmazier zum Oberpharmazierat.

* Linkes Bild: Vor der „Neuen Wache“ Unter den Linden. Mittleres Bild, v. l., oben: Nationalpreis der DDR II. Klasse für Wissenschaft und Technik, Ehrensperre zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold, Orden zum Ehrentitel „Held der Arbeit“; unten: Karl-Marx-Orden, Orden zum Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“. Rechtes Bild: Tanzveranstaltung in Leipzig, mit Honecker-Photo als Wandschmuck.

Der reiche Titelsegen, diesmal vom DDR-Gesundheitsminister, dem Diplom-Juristen und Obermedizinalrat Professor Dr. sc. med. Ludwig Mecklinger, an seine Kollegen quer durch die Republik ausgeteilt — er ist symptomatisch für die Anstrengungen der SED, aus dem uniformen Heer der Werktätigen allmählich eine Hierarchie von ausgezeichneten Ordens-Brüdern und blechbewußten Titelträgern zu machen.

Da verleiht der Nationalrat der Nationalen Front eine Ernst-Moritz-Arndt-Medaille für „hervorragendes Wirken zur allseitigen Stärkung der Republik“ („ND“). Da vergibt alljährlich der DDR-Gewerkschaftsbund seine Fritz-Heckert- und die FDJ ihre Arthur-Becker-Medaillen, und auch „treue Dienste“ bei Reichsbahn, Zollverwaltung, Feuerwehr oder den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ werden mit speziellem Ordensschmuck belohnt.



höchste Form der Demokratie“ ist, so hat er Anspruch auf das silberne FDJ-„Abzeichen für gutes Wissen“. Und hat gar wer — wie der DDR-Bildhauer Fritz Cremer — eine „meisterhafte künstlerische Gestaltung sozialistischer Ideen“ (Cremer-Laudatio) in Stein oder Schrift vorzuweisen, so steht der Nationalpreis 1. Klasse ins Haus.

Neben solchen Preisen, Medaillen und Orden tragen zur Differenzierung des DDR-Volkes besonders die sogenannten Ehrentitel bei — vom „Hervorragenden Wissenschaftler“ über den „Verdienten Eisenbahner“, den „Meister der genossenschaftlichen Produktion“ bis zum „Meisterhauer“ im Bergbau. Allein seit 1960 wurden 96 Ostdeutsche zum „Helden der Arbeit“ geschlagen, 589 durften den Orden „Banner der Arbeit“ am Rockaufschlag befestigen, und fast 9000 firmieren als „Verdiente Aktivi-

köern. Doch seither haben auch gestandene Genossen jüngeren Alters an den schmückenden Namen Gefallen gefunden; sie sichern ihnen einen Logenplatz in der sozialistischen Gesellschaft.

Mehr noch: Bereits etwa hundert DDR-Bürger, meist Leiter von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), hören auf den Kapitalisten-Titel „Generaldirektor“; der verheißt, neben rund 3000 Mark Monatsgehalt (DDR-Durchschnittseinkommen: 785 Mark), auch Privilegien, die sonst nur SED-Spitzenfunktionären vorbehalten sind — der Tschechen-Tatra als Dienstwagen, die Ferien-Datscha auf dem Lande.

Diese „ökonomischen Führungskräfte der DDR“, so analysierte unlängst



Bahn ein Jugendlicher aufsteht und alten Leuten höflich seinen Platz anbietet“

Wer im Spanischen Bürgerkrieg auf der linken Seite stand, hat Anspruch auf die Hans-Beimler-Medaille. Wer „an den bewaffneten Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1918—1923“ teilnahm, wird mit einer Medaille dekoriert, die eben dies besagt. Wer sich heute in der Republik um die Hege von Hirsch und Hase verdient macht, kann auf eine „Ehrendel für besondere Leistungen im Jagdwesen“ hoffen.

Für Lehrlinge mit „festem Klassenstandpunkt“ stiftete der DDR-Ministerrat eine „Karl-Liebknecht-Medaille“, und wer es vierzig Jahre lang im Bergbau ausgehalten hat, kann seit Beginn dieses Jahres mit goldenem Behang „für Verdienste in der Kohleindustrie“ rechnen.

Weiß ein junger Genosse bereits die richtige Antwort auf die Frage, „warum die Diktatur des Proletariats die

sten“ — hervorgehoben aus der Schar einfacher „Aktivisten der sozialistischen Arbeit“ (annähernd eine Million).

Bei so viel Blech und so vielen Namen ist für die meisten Geehrten, was Wunder, das staatliche Geldgeschenk interessanter; es macht, je nach Höhe der Auszeichnung, zwischen 250 und 100 000 Mark aus, und ein Ost-Berliner Bau-Brigadier, selber dreifacher Aktivist, weiß, wie es ist: „Diese Ehrentitel bringen einem eben immer Prämie.“

Daß es in der DDR seit Anfang der sechziger Jahre wieder den „Studienrat“, den „Oberstudiendirektor“ und „Medizinalrat“ gibt, ist ebenso bezeichnend — und die Titel sind, wie einst, auch wieder Statussymbole. Ursprünglich wollte die SED mit den Titeln die für den Staatsaufbau unentbehrliche Akademiker-Schicht älteren Jahrgangs

der westdeutsche Diplom-Volkswirt Frank Grätz, „sind erst dabei, sich zu einer neuen Elite zu entwickeln“; sie „werden zum Teil von der Bevölkerung mit der Staats- und Verwaltungsbürokratie identifiziert, die zum Beispiel im Prototyp des preußischen Beamten unrühmlich bekannt war“.

In der Tat ist die hierarchische Gliederung des SED-Staats und die Titel-Huberei seiner Eliten nur zum Teil durch enge Anlehnung an das sowjetische Vorbild zu erklären, denn in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen der DDR sind über die Jahre hin unverkennbar auch deutsche Sitten bürgerlicher Provenienz restauriert worden. Beim Bemühen, ihrem Hammer- und Zirkel-Staat nationale Würde und Größe an die schwarzrotgoldene Fahne zu heften, griffen die Einheits-Sozialisten wie selbstverständlich auf Gehab-

tes zurück, wo immer es noch zu haben war.

Frank Grätz weiß zu berichten, daß „im Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen... zu wichtigen Vertragsverhandlungen mit Ausländern dunkler Anzug vorgeschrieben ist“. Und was die Rechtspflege angeht, so verkündete erst in diesem Monat Dr. Gustav Jahn, Direktor des Bezirksgerichts Halle, gerade „die Zeremonie“ im Gerichtssaal sei ein „wichtiges Merkmal hoher Rechtskultur“.

Dieser seltsame Rückgriff auf das Gestern macht verständlich, weshalb die DDR heute bei zahlreichen West-Besuchern jenen zwiespältigen Eindruck eines kleinbürgerlich-spießigen Staatswesens mit sozialistischem Anspruch hinterläßt; er macht deutlich, weshalb etwa NVA-Soldaten — Offiziere mit Ehrendolch — vor Friedrich Schinkels „Neuer Wache“ in Ost-Berlin für „die Opfer des Faschismus“ mit preußischem Zeremoniell im Stechschritt paradiert; er erhellt, weshalb jedes vermeintlich bessere DDR-Lokal für Gäste „einen anständigen Binder“ (so ein Ost-Berliner Portier) und für Ober den Frack vorschreibt und weshalb beispielsweise „Anstand“ und „Takt“, „Würde“ und „Kultur“ zu den meiststrapazierten DDR-Vokabeln gehören.

„Anstand und Takt“ fordert Herbert Hans, Vorsitzender des Elternbeirates der 5. Oberschule in Berlin-Pankow, besonders von den jungen Menschen der Republik: „Wie angenehm, wenn in der Bahn ein Jugendlicher aufsteht und alten Leuten höflich seinen Platz anbietet.“

Und „Anstand und Benehmen“, so lautet auch die kategorische Forderung eines sächsischen Klubhaus-Leiters, „verlangen wir von jedem Jugendlichen, der zu uns auf den Tanzsaal will“. Jeans und eine Lederjacke, daran läßt er keinen Zweifel, vertragen sich nicht mit diesen Anstandsregeln — allenfalls vielleicht „ein sauberer Pull-over“.

Damit in diesem Staat, in dem bis vor einigen Jahren offene Tanzhaltung noch verboten war, auch auf den „Jugendfesten“ alles seine Ordnung hat, gehören Tanzkurse mit obligatorischem Walzer und Tango zum festen Repertoire. „Besondere Knüller“, freut sich derselbe Jugend-Funktionär, „sind immer die mehrstündigen Benimmkurse.“

Was man von welchem Teller ißt und was man aus welchem Glase trinkt, wie man die Dame vom Parkett zum Platz geleitet und welche Trinksprüche bei welcher Gelegenheit ausgebracht werden — dies zu wissen ist, so scheint es, in der deutschen Ostrepublik häufig wichtiger als das Bewußtsein, das in die erborgten Normen gezwängt wird.

GESUNDHEIT

Hinkende Kämpfer

Im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums entstand eine kritische Studie, die das westdeutsche Gesundheitswesen als „mangelhaft“ einstuft. Die Ärztfunktionäre sehen — wie üblich — ihren Stand verunglimpft.

Detlef Dietz, Assistent des SPD-Gesundheitsexperten Hans Bardens, nannte sie „das Ding“ — und nur „auf Umwegen“ hatte er für seinen Herrn das 133-Seiten-Werk „ergattern“ können.

Zwar gibt es das Schriftstück schon seit Juni dieses Jahres. Doch erst im kommenden Januar sollten die Ergebnisse der Studie veröffentlicht werden, die im Auftrag des Bundesgesundheits-

der amerikanischen Denkfabrik Rand Corporation ausgeklügelt wurde: Experten äußern, jeder für sich, auf standardisierten Fragebögen ihre Meinung zu einem bestimmten Problem; bei einem zweiten Durchgang haben sie die Möglichkeit, nach Kenntnisnahme der anderen Meinungen ihr eigenes Urteil zu differenzieren oder auch zu ändern.

Rund 200 Wissenschaftler und Verbandsvertreter, Versicherungs- und Verwaltungspraktiker, Mediziner und Pharmazeuten äußerten sich bei der Heidelberger „repräsentativen Experten-Befragung“ über „Störungen und Fehlentwicklungen“ im westdeutschen Gesundheitswesen, aber auch über die derzeit „in der Diskussion befindlichen Lösungsvorschläge“.

Dabei geriet ins Zentrum der Kritik wieder der niedergelassene Arzt als Einzelkämpfer, wie er von den ärztli-



Ärztliche Praxis: „Hinter dem neuesten Stand zurück“

ministeriums bei der Heidelberger „Studiengruppe für Systemforschung“ angefertigt wurde. Titel: „Problemanalysen und Reformschwerpunkte für das Gesundheitswesen“.

Nach der kritischen Untersuchung der Gewerkschaften (WWI-Studie), nach Arbeitgeber- und SPD-Kritik am westdeutschen Gesundheitswesen haben nun auch die Heidelberger Systemforscher den Zustand westdeutscher Arztpraxen und Kliniken durchleuchtet.

Und wieder lautet die Diagnose: „Die Leistungsfähigkeit“ der medizinischen Versorgung in der Bundesrepublik müsse „generell als mangelhaft“ angesehen werden. Insbesondere Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation, so das Fazit der Heidelberger Untersuchung, seien bisher offenbar „stark vernachlässigt worden“.

Erhoben wurden die Befunde mit Hilfe der sogenannten Delphi-Technik, einer Befragungsmethode, die Anfang der 60er Jahre von Zukunftsforschern

chen Verbandsfunktionären als alleintragende Säule ambulanter medizinischer Versorgung unnachgiebig verteidigt wird.

In Wahrheit, so das Ergebnis der Heidelberger Umfrage, könne diese Form ärztlichen Wirkens „kaum noch als funktionsgerecht angesehen werden“; zumeist hinke „die durchschnittliche Einzelpraxis weit hinter dem neuesten Stand der Diagnostik her“.

Für die medizinische Fortbildung, so bekamen die Heidelberger von den befragten Experten zu hören, finde „der einzelne niedergelassene Arzt kaum Zeit“. Etwa die Hälfte der Befragten war auch der Meinung, „daß die frei praktizierenden Ärzte bei der Therapie in die Abhängigkeit der pharmazeutischen Industrie geraten“ seien.

Eine Reihe von Mängeln, die sich aus dem bisher praktizierten Verfahren der Abrechnung von Krankenscheinen ergeben, schien vielen Befragten unübersehbar: Einerseits verleite es in der Ein-